

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik
Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien
T 05 90 900-DW | F 05 90 900-269
E up@wko.at
W wko.at/up

Per E-Mail: recht-post@e-control.at

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
R-SNE-G 01/24	Up/0155/24/Hü/Mi	3007	30.10.2024
	DI Claudia Hübsch		

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 - Novelle 2025, GSNE-VO 2013 - Novelle 2025) - Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich dankt für die Übermittlung der Begutachtungsunterlagen zu oben genannter Verordnung und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Bei den Netzentgelten Gas kommt es im Marktgebiet Ost zu deutlichen Erhöhungen. Dies ist einerseits auf die Erhöhung der vorgelagerten Fernleitungsentgelte zurückzuführen, die aufgrund des deutlichen Rückgangs der grenzüberschreitenden Buchungen und transportierten Mengen an allen Ein- und Ausspeisepunkten und somit auch an den Ausspeisepunkten in das Verteilergesamt steigen. Andererseits trägt auch der Rückgang der Abgabemengen im Verteilergesamt zur Erhöhung der Netzentgelte bei.

§ 4 Abs 1 GWG 2011 setzt das Ziel, dass der österreichischen Bevölkerung und der Wirtschaft Erdgas kostengünstig zur Verfügung zu stellen ist. Die Beschaffungskosten für Erdgas sind nach wie vor für viele Betriebe ein kritischer Standortfaktor.

Aus der Sicht der WKÖ sind die Gasnetze ein wesentlicher Bestandteil der Energieinfrastruktur zur Wahrung der Versorgungssicherheit, heute wie in Zukunft im Rahmen eines nachhaltigen, CO₂-effizienten Energiesystems.

Im Österreich-Schnitt werden auf Netzebene 3 (neben Haushalten insbesondere relevant für KMU und EPU) die Tarife um 16,6 % steigen, in Oberösterreich sogar um fast 30 %. Auf der für die Industrie relevanten Netzebene 2 ist im Österreich-Schnitt ein Anstieg von 24,5 % geplant, in Niederösterreich sogar um 58,4 %. Diese Belastung wird noch massiv verstärkt, weil es ohnehin - so nicht, wie seitens WKÖ nachdrücklich gefordert, von politischer Seite eingegriffen wird - per 1.1.2025 zu einem sprunghaften Anstieg der Energieabgaben kommt, da die Reduktion der Erdgas- und Elektrizitätsabgabe ausläuft und der nationale CO₂-Preis von 45 auf 55 Euro pro Tonne ansteigt.

Diese Belastungen sind in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation und der immer noch großen Abhängigkeit der Unternehmen der Industrie von Erdgas abzufedern. Unzumutbar ist in diesem Kontext auch die Ankündigung, dass die Entgelte ab 2026 weiter steigen könnten.

Die hohen Anstiege der Netznutzungsentgelte verlangen weiterhin eine strenge Kontrolle der von den Netzbetreibern geltend gemachten Kosten durch die Regulierungsbehörde.

Die Tarifierung basiert - grob gesprochen - auf der Aufteilung der anfallenden Kosten auf die Kunden, die an das Netz angeschlossen sind. Das Modell der Anreizregulierung scheint nicht auszureichen, um die gewünschten Effekte stabiler Netzkosten zu erzielen.

Auch der Umstand, dass perspektivisch immer weniger Kunden ein Methanetz nutzen könnten und schon jetzt die transportierte Energiemenge drastisch gesunken ist, lässt bekanntlich die Kosten für die verbleibenden Netznutzer steigen. Wir bitten dringend, dieses Modell zu überdenken, um andere Lösungen der Finanzierung zu finden, die nicht einige Wenige immer stärker belasten.

Es zeigt sich, dass das jetzige System, das zwar in der Vergangenheit geeignet war und gute Dienste geleistet hat, nun definitiv an seine Grenzen stößt. Gebraucht wird jedenfalls eine neue Struktur und eine temporäre finanzielle Unterstützung aus dem Bundesbudget zur Netzumstellung auf H2 und CO2 und eine Beibehaltung des Gasnetzes so lange wie nötig.

Es wird daher ein Netzinstrukturfonds zur Dämpfung der Kostenentwicklungen im Zuge des notwendigen Netzausbaus (für Strom, Methan und Wasserstoff) neuerlich nachdrücklich gefordert. Die notwendigen Lückenschlüsse zur Diversifikation der Gasversorgung müssen effektiv unterstützt werden.

Die Kostensteigerungen stellen somit insbesondere für die Wirtschaft eine besondere Herausforderung dar, auch wenn die Energiekosten zwar rückläufig, aber immer noch auf hohem Niveau sind. Die Beschaffungskosten für Erdgas sind nach wie vor für viele Betriebe ein kritischer Standortfaktor. Aktuell sehen sich unsere Betriebe mit rückläufigen Auftragszahlen, vermehrten Insolvenzen sowie erhöhten Betriebsmittel- und Personalkosten konfrontiert. Die geplanten Kostensteigerungen schwächen die Wettbewerbsfähigkeit, das Wirtschaftswachstum und den Standort. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass Erdgaskonsumenten durch die vorgeschlagene Novelle weiter an Kaufkraft verlieren. Daher lehnen wir die Netztarifsteigerungen ab.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten um Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüße

Dr. Harald Mahrer
Präsident

Karlheinz Kopf
Generalsekretär

